



Initiative für Transparenz und Demokratie

LobbyControl · Friedrichstr. 63 · 50676 Köln

Tel.: 0221/ 169 65 07
Mail: kontakt@lobbycontrol.de
Web: www.lobbycontrol.de

Sponsoring: Merkel sollte von Gauck lernen

Landschaftspflege durch Sponsoring einschränken und transparent machen

Die Nichtregierungsorganisation LobbyControl begrüßt, dass Bundespräsident Joachim Gauck sein Bürgerfest im September weitgehend ohne Sponsoren ausrichten will. Gauck zieht damit Konsequenzen aus den Affären von Christian Wulff. „Dass der Bundespräsident die problematische Sponsoring-Praxis ändert, ist ein wichtiges politisches Signal – auch an die Parteien“, erklärt LobbyControl-Geschäftsführer Ulrich Müller. Unternehmen und Verbände nutzen das Sponsoring von politischen Festen, Partys und Parteitagen, um besseren Zugang zu Politikern und Entscheidungsträgern zu bekommen. Diese Form der politischen Landschaftspflege muss endlich eingeschränkt und transparent gemacht werden, fordert LobbyControl.

Die geänderte Sponsoringpraxis von Bundespräsident Gauck ist dafür ein wichtiger erster Schritt. „Die Tatenlosigkeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihrer schwarz-gelben Regierung sticht dagegen umso negativer hervor“, kritisiert Ulrich Müller. Seit 2010 hat sie keine gesetzlichen Konsequenzen aus den Sponsoring-Skandalen gezogen. Damals hatte die CDU in Nordrhein-Westfalen und Sachsen Gespräche mit ihren Ministerpräsidenten als Gegenleistung für hohe Sponsoringzahlungen angeboten. Während der Wulff-Affäre hatte die Politik den Eindruck vermittelt, dass sie endlich etwas gegen das Polit-Sponsoring unternehmen wolle. Doch passiert ist weiterhin nichts.

LobbyControl fordert Angela Merkel auf, endlich ihre Blockadepolitik zu beenden und eine umfassende Regelung des Parteisponsoring voranzutreiben. Sponsoringzahlungen müssen endlich transparent gemacht werden. Sie sollten ab 2.000 Euro im Rechenschaftsbericht mit Namen des Sponsors genannt werden und ab 10.000 Euro sofort veröffentlicht werden. Außerdem sollte das Sponsoring auf 50.000 Euro pro Unternehmen und Verband jährlich begrenzt werden.

„Union und FDP verweigern sich seit Jahren jeglicher Regelverschärfung. Mit dieser Politik des Nichtstuns vermitteln sie den Eindruck, dass Skandale folgenlos bleiben und fördern die Verantwortungslosigkeit im Geschäft mit politischen Kontakten“, kritisiert Müller. „Das ist der Skandal hinter den Skandalen“. Bundespräsident Gauck zeige, dass die Politik anders mit Sponsoring umgehen könne. „Angela Merkel sollte sich daran ein Beispiel nehmen und endlich gesetzliche Konsequenzen aus den Sponsoring-Skandalen der Vergangenheit ziehen“, so Müller.